Antrag 96/I/2023
SPDqueer Berlin Landesvorstand
Der Landesparteitag möge beschließen:
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Versorgung sichern – Zugang zu Misoprostol wiederherstellen!

Wir fordern, die Versorgung mit Misoprostol in Deutschland in den jeweils benötigten Dosierungen dauerhaft zu gewährleisten und so den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen.

Begründung
Im April 2021 wurde darüber informiert, dass das Medikament „Misoprostol“ in der Darreichungsform mit 200 µg nur noch unter erschwerten Bedingungen nach Deutschland eingeführt werden kann. Organisationen, wie die Doctors for Choice warnten bereits zu diesem Zeitpunkt, dass es dadurch zu Versorgungsschwierigkeiten kommen werde. Misoprostol (in der Darreichungsform mit 200 µg) hat sich in den letzten Jahrzehnten als Standardmedikament in der Gynäkologie z.B. bei Fehlgeburten oder Schwangerschaftsabbrüchen etabliert.

Gemeinsam haben sich 17 Organisationen und Verbände, u.a. die Doctors for Choice, Pro familia und der Deutsche Hebammenverband, am 16.04.2021 bereits mit einem Offenen Brief an das damalige Bundesgesundheitsministerium und das BfArM gewandt, in welchem die Sorgen bezüglich möglicher Versorgungsengpässe geäußert wurden. Auch die kleine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Kirsten Kappert-Gonther ergab jedoch keine Anpassung der Situation, stattdessen wurde die Versorgungslage für ausreichend erklärt.

Der Wirkstoff Misoprostol steht seit zehn Jahren auf der “Essentiellen Liste” der WHO. Diese Liste beinhaltet die effektivsten und sichersten Medikamente, um die wichtigsten Bedürfnisse für ein gut funktionierendes Gesundheitssystem zu bedienen. Misoprostol muss daher in allen relevanten Dosierungen ohne Einschränkungen in Deutschland zugänglich sein. Dabei ist die Dosierung 200 µg entscheidend und nicht durch andere Darreichungsformen zu ersetzen. Durch die erschwerte Zugänglichkeit und dadurch, dass das Medikament in Deutschland vom Markt genommen wurde, ist dieses essenzielle Medikament jedoch nur noch durch Import erhältlich und wird verstärkt durch Apotheken gar nicht mehr vertrieben, was die Zugänglichkeit und Versorgung in manchen Regionen Deutschlands verunmöglicht. Zudem gibt es keine ausreichenden Alternativen zu dem Medikament. Die erschwerte Zugänglichkeit gefährdet nicht nur die medikamentöse Versorgung, sondern in diesem Zusammenhang auch die sexuelle Selbstbestimmung, da sie dazu führt, dass

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Wir fordern, die Versorgung mit Misoprostol in Deutschland in den jeweils benötigten Dosierungen dauerhaft zu gewährleisten und so den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen **und stillen Geburten**zu ermöglichen. **Zu diesem Zweck ist das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) zu einer erneuten Prüfung des Medikaments in den verschiedenen Dosierungen aufzufordern.**

aus Ermangelung der notwendigen Medikation noch weniger Praxen einen medikamentösen Schwangerschaftsabbruch anbieten, was die ohnehin schon prekäre Versorgungslage in diesem Bereich noch verschärft. Als Konsequenz des erschwerten Zugangs zum Medikament Misoprostol wird folglich die medizinische Betreuung und Versorgung im Bereich der Gynäkologie und besonders im Kontext von Schwangerschaftsabbrüchen deutlich verschlechtert! Die Betreuung in Notsituationen (insbesondere solchen, die tabuisiert sind) ist gefährdet! Das ist ein unhaltbarer Zustand!